

Projektauftrag Strukturreform 2022/2023: Stärkung des saarländischen Grünen Landesverbands – Gemeinsam stark entscheiden, handeln und partizipieren!

Antragstext:

Der Landesparteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung einer Strukturreform für den Landesverband, welche

- aus einem Delegiertenrat und einem Arbeitsgremium besteht,
- die heutigen Strukturen des Landesverbands hinsichtlich Gremiendesign, Mitgliederbetreuung & -Verwaltung und Mittelverwendung analysiert,
- Verbesserungsvorschläge in Form eines Konzepts erstellt,
- dabei die jeweiligen Organe, Gliederungen, Arbeitsgemeinschaften und Mitglieder einbindet,
- notwendige Änderungen von Satzungen identifiziert und
- die Umsetzung der Vorschläge begleitet.

Sie besteht aus 2 Kammern:

- Delegiertenrat
- Arbeitsgremium

Der **Delegiertenrat** setzt sich aus den Delegierten des Landesparteirats qua Amt zusammen, vorausgesetzt sie sind nicht im Arbeitsgremium. Er bewertet Ergebnisse des Arbeitsgremiums und nimmt sie in Form von Teilergebnissen oder Entscheidungsvorlagen ab.

Das **Arbeitsgremium** besteht aus einer interdisziplinären Gruppe von Mitgliedern des Landesverbands, welche verschiedene Aufgabenbereiche abdecken.

Der Landesparteitag bestätigt die vom Landesparteirat am 10. Juli 2022 bestimmte Zusammensetzung des Delegiertenrats sowie des Arbeitsgremiums, letzteres namentlich bestehend aus den Mitgliedern: Lara Bütermann, Claudia Schöpsdau, Esther Woll, Stephanie Riede, Benjamin Mey, Dietrich Bickelmann, Hannes Klees, Michael Hilberer

Zwei Mitglieder sind in der Projektleitung (PL) zuständig für den Projektfortschritt. Bei Bedarf kann er über den Delegiertenrat durch weitere Expertise verstärkt werden. Mitglieder der Saarlandkommission des Bundesverbands dürfen beratend an den Sitzungen des Delegiertenrats und des Arbeitsgremiums teilnehmen.

Grundlage der Zusammenarbeit bildet ein Projektauftrag, deren Inhalt sich hinsichtlich Zielen, Projektumfang und Vorgehen in diesem Antrag wiederfindet.

Das Arbeitsgremium ist maßgeblich mit der Bearbeitung der drei Arbeitspakete beschäftigt.

Dazu legt es dem Delegiertenrat einen Projektplan zur Abnahme vor, der die Vorgehensweise zur Erreichung der Ziele mit einer plausiblen Zeit- und Ressourcenplanung unterlegt. Dieser wird als Fortschrittsbericht fortgeschrieben und hält damit den Delegiertenrat auf dem aktuellen Stand. Schließlich hat das Arbeitsgremium das Ziel bis zum Ende Juni 2023 einen Maßnahmenkatalog dem Landesverband vorzulegen.

Der Delegiertenrat überprüft die Fortschrittsberichte. Er steuert das Arbeitsgremium im Rahmen des Projektauftrags und ist befugt, Ergänzungen in den festgeschriebenen Aufgabenbereichen hinzuzufügen. Dieser Vorgang muss umgehend dem Arbeitsgremium durch Mitteilung an die Projektleitung berichtet werden.

Weiterhin informiert er die Basis (durch KV/OV-Vorsitzende), den Landesvorstand, sowie die LGS.

Er steuert den Verlauf der Strukturreformen und stellt dem Arbeitsgremium, in Abstimmung mit dem Landesvorstand, falls nötig, Ressourcen und Budget zur Verfügung.

Die Reformstrukturkommission beschäftigt sich mit den folgenden drei Arbeitspaketen:

a. Gremiendesign

Wir benötigen eine Organisation, die sowohl unserem basisdemokratischen Anspruch, unserem Dialog und Konsens orientierten Politikstil, als auch unserer Größe und Vielfalt gerecht wird. Die Gremien und Organe des LVs sollen effektiv und effizient zusammenarbeiten. Die innerparteilichen Abläufe müssen transparent, verbindlich und rechtssicher nachvollziehbar sein.

- Überprüfung der Zusammensetzung und Aufgabenverteilung der Gremien, Verbesserung der Zusammenarbeit und Abstimmung
- Finanzierung obligatorischer politische Maßnahmen, Verfahren und Institutionen sollen Schwerpunktthemen der Strukturkommission sein

b. Mitgliederbetreuung und Verwaltung

Unserer Landesgeschäftsstelle obliegt es, unsere Mitglieder gut zu betreuen und in weiten Teilen das operative Geschäft des LVs zu betreiben. Politische Teilhabe soll über viele und vermehrt auch über digitale Zugänge zuverlässig und verbindlich möglich sein, z. B. über Gremienarbeit, in einer LAG, oder kommunalpolitisch vor Ort.

Um diese Erwartungen zu erfüllen, muss sich die LGS zukunftssicher aufstellen und benötigt ausreichend Personal und moderne (IT-)Infrastruktur. Dabei ist auch zu erwägen, ob bestimmte Leistungen auf KV- oder OV-Ebene besser angesiedelt wären.

Zu betrachten sind:

- Organisation und Verwaltung des LV (Mitgliederdatenmanagement, IT, Logistik und Terminkoordinierung)
- Wahlkampfmanagement (Digitalisierungsprojekte, Wahlkampfplan und Involvierung der Kreis- und Ortsverbände)
- Parteientwicklung (Organisationsentwicklung, Weiterbildung von Mitgliedern, Mitgliederintegration)
- Parteikoordination (Gremienbetreuung, Parteitage, Satzungsfragen, LAGs)
- Öffentlichkeit und Online-Kommunikation (Social Media, Multimedia, Interne Kommunikation)
- Finanzen (Personalbuchhaltung, Kostenabrechnungen)
- Programmentwicklung (Politische Agendaentwicklung)

c. Mittelverwendung

Die Finanzierung einzelner Reformbereiche geht als ein Entscheidungskriterium ein.

- Der Mittelbedarf ist plausibel zu schätzen und ggf. zu prüfen, ob Mittel anders verteilt und verwendet werden können.
- Dabei ist auch zu erörtern, ob Tätigkeiten unter Ehrenamt, Aufwandsentschädigung oder einer bezahlten Stelle fallen.

Antragsbegründung:

Ein schlagkräftiger Grüner Landesverband macht progressive Ideen und Tatkraft aus und ist Taktgeber der Landespolitik. So muss zweifelsfrei seit dem verpassten Wiedereinzug in den saarländischen Landtag ein strukturell stabiler Landesverband geschaffen werden. Mit diesem Antrag legen wir einen konkreten Entwurf zur Organisation des Reformstrukturprozesses vor, der uns den nötigen Halt für die Kommunalwahlen 2024, Bundestagswahlen 2025 und Landtagswahlen 2027 gibt. Der Landesparteitag beauftragte am 21. November 2021 den Landesvorstand einen Strukturreformprozess anzustoßen. Der Beschluss des Landesparteitags des 13. Februar 2022 sieht eine Einberufung einer Reformstrukturkommission vor, die die Prozesse zur Reform organisieren soll, um nicht mehr realistisch bis Herbst 2022 ein Maßnahmenkatalog vorzulegen. Eine eingesetzte mitgliederoffene Reformwerkstatt hat am 30. April 2022 einen Reformbedarf verdeutlicht.

Es ist dem Landesvorstand in der gesetzten Zeit nicht gelungen, einen mit dem Parteirat abgestimmten Beschluss zu fassen. Dabei bildet der Beschluss des Parteirats eine ausgewogene Abstimmung zwischen einem kleinen, agilen Arbeitsgremium, welches die verschiedenen Aufgaben bearbeiten kann und einem Delegiertenrat. Zur breiten Repräsentation des Landesverbandes wurde dieser von den einzelnen Kreismitgliederversammlungen gewählt und gewährleistet damit die politische Teilhabe und Repräsentation aller Kreisverbände und Gruppierungen.

Die Auflistung der Arbeitsbereiche geht über eine reine Satzungsreform hinaus, da nicht zuletzt die Ergebnisse der Reformwerkstatt am 30. April Arbeitsbedarf in ganz vielen darüberhinausgehenden Bereichen identifiziert haben. Die inhaltliche Arbeit ist explizit nicht Teil des Prozesses, sondern bleibt den Parteitag, Landesvorstand, LAGs, etc. vorbehalten. Der Reformprozess und die Reformstrukturkommission sollen Strukturen vorschlagen, die die politische Arbeit unterstützen.

Eine weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gliederungen:

KV St. Wendel
KV Saarbrücken
OV Ensdorf
OV Illingen
OV Saarbrücken-Mitte
OV St. Wendel

Antragssteller*innen:

Uta Sullenberger (OV St. Wendel)
Patrick Hahl (OV Saarbrücken-Mitte)
Andrea Konter (OV Überherrn)
Sören Bund-Becker (OV St. Wendel)
Michelle Sutter (OV St. Wendel)